

Airlines Swiss und Edelweiss: Nationalrat einverstanden mit Nothilfe für Luftfahrt - Staatshilfen für flugnahe Betriebe

Der Bundesrat will die Luftfahrt in der Corona-Krise mit 1,875 Milliarden Franken unterstützen.

Der Nationalrat ist einverstanden - mit Auflagen. Das ökologische Lager leistete erfolglos Widerstand. Der Nationalrat hiess am Montag mit 116 zu 77 Stimmen einen Kredit von 1,275 Milliarden Franken gut, mit dem Bankdarlehen an die Airlines Swiss und Edelweiss verbürgt werden. Oppositionslos genehmigte er einen zweiten Kredit von 600 Millionen Franken, mit dem flugnahe Betriebe unterstützt werden sollen. Dazu gehört die Fracht- und Gepäckabwicklung, Unterhalt und Verpflegung.

Die entsprechenden Unternehmen gehören mehrheitlich asiatischen Investoren. Laut Maurer würden diese ausschliesslich im Rahmen einer schweizerischen Auffanggesellschaft unterstützt. Die für die Staatshilfe notwendige gesetzliche Grundlage soll ebenfalls im Lauf der ausserordentlichen Session geschaffen werden. Der Ständerat hat dieser bereits zugestimmt.

Hilfe unter Auflagen

Der Bundesrat habe mit dem Ziel verhandelt, dass das Geld in der Schweiz bleibe und dass Schweizer Umweltstandards durchgesetzt werden könnten, sagte Finanzminister Ueli Maurer. Das sei gelungen. Der Bundesrat will die Staatshilfe an ein Dividendenverbot knüpfen, zudem verlangt er Standortgarantien. Laut Maurer will der Bundesrat auch seine Klimaziele "als Messlatte" anlegen.

Verbindliche Umweltauflagen macht die Regierung aber nicht. Die Finanzkommission beschloss, in dem Punkt nachzubessern. Auf ihren Antrag hin knüpfte der Nationalrat die Freigabe der Kredite an die Bedingung, dass in der künftigen standortpolitischen Zusammenarbeit mit den Flugverkehrsunternehmen die Klimaziele des Bundesrates kontrolliert und weiterentwickelt werden. Entlassenen Angestellten sollen zudem Umschulungen angeboten werden.

SVP kritisiert "Klimaideologie"

Der Entscheid fiel mit 130 zu 66 Stimmen. Die SVP wehrte sich vergebens gegen die Auflagen. Peter Keller (SVP/NW) bezeichnete diese als "willkürlich". Damit würden Zehntausende Arbeitsplätze der "Klimaideologie" geopfert.

Links-Grün stellte sich grundsätzlich gegen die Garantien für Airlines. Der Luftverkehr sei für einen grossen Teil der Klimaerwärmung verantwortlich, sagte die Grüne Christine Badertscher (BE). Das dürfe nicht mit Steuergeldern angeheizt werden. Die vom Nationalrat beschlossene Umweltauflage ist ihrer Meinung nach ungenügend.

"Luftfahrt ökologischer machen"

Gescheitert ist das ökologische Lager auch mit der Forderung nach zusätzlichen Umweltauflagen. Ein Klimaziel von Netto-Null töne gut, es brauche aber konkrete Massnahmen, sagte Ursula Schneider Schüttel (SP/FR). "Wir sollten die Chance packen, die Luftfahrt ökologischer zu machen."

Gefordert worden waren unter anderem die verbindliche Verpflichtung der Airlines, die Klimaziele umzusetzen, ein Bekenntnis zu einer Flugticketabgabe und einer Kerosinsteuer oder eine Reduktion der Inlandflüge. Auch zusätzliche Sozialauflagen und die Kürzung der Staatshilfe erwiesen sich als nicht mehrheitsfähig.

Kein Reisebüro-Privileg

Eine Mehrheit fand aber der Antrag, dass die Airlines den Reisebüros das Geld für ausgefallene Flüge bis am 30. September zurückerstatten müssen. Diese seien verpflichtet, ihren Kunden Geld zurückerstatten, dass sie wegen der Vorleistungen an die Airlines nicht hätten, sagte Lars Guggisberg (SVP/BE). Es drohe eine Konkurswelle. Laut Guggisberg geht es um 200 Millionen Franken, die bei der Berechnung der Liquiditätsbedürfnisse bereits berücksichtigt wurden.

Die ausserordentliche Session, die am Montagmorgen in der Berner Messe Bernexpo begonnen hat, ist ausschliesslich der Bewältigung der Corona-Krise gewidmet. Es geht um Kredite von rund 57 Milliarden Franken. Die Session findet in der Berner Messe Bernexpo statt, weil im Parlamentsgebäude die Distanzregeln nicht eingehalten werden könnten.

Parlament schafft Grundlage für Staatshilfen für flugnahe Betriebe

Damit der Bund neben den Airlines Swiss und Edelweiss auch flugnahe Betriebe auf den Landesflughäfen unterstützen kann, braucht es eine neue gesetzliche Grundlage. Diese hat das Parlament nun geschaffen. Erneut fanden strenge Klimaauflagen keine Mehrheit.

Am Dienstag ging es in der grossen Kammer um die Rechtsgrundlage für die Unterstützung von flughafen Betrieben, also um die Basis für die gesprochenen 600 Millionen Franken für Unternehmen der Fracht- und Gepäckabwicklung, des Unterhalts und der Verpflegung an den Landesflughäfen. Die aktuelle rechtliche Grundlage im Luftfahrtgesetz reicht dafür nicht aus. Der Ständerat hatte am Montag der dringlichen Gesetzesrevision ohne Änderungen deutlich zugestimmt.

Kritische Infrastruktur sichern

Das tat am Dienstag auch der Nationalrat. In der Gesamtabstimmung nahm er das Gesetz mit 133 zu 60 Stimmen bei 3 Enthaltungen an.

Kommissionssprecher Christian Wasserfallen (FDP/BE) machte die links-grünen Kritiker darauf aufmerksam, dass die zu unterstützenden Betriebe systemrelevanten Charakter hätten. Rund 70 Prozent der Schweizer Unternehmen seien angewiesen auf die Flugfracht, die Wertschöpfung des Sektors betrage 30 Milliarden Franken.

Der Bundesrat stehe zudem für marktkonforme Zinsen ein, sagte Wasserfallen. Die Regierung werde zudem "peinlich genau darauf achten, dass Gelder nicht an Mutterkonzerne im Ausland abfliessen". Die Räte sollten keine Differenzen entstehen lassen, die nicht unbedingt nötig seien.

Ähnliche Debatte wie am Vortag

Die bürgerliche Mehrheit wies weiter darauf hin, dass es bei der Vorlage nicht um den Klimaschutz gehe. Thomas Hurter (SVP/SH), Pilot und Präsident des Luftfahrtverbands Aerosuisse, kritisierte, dass die Linken per Notrecht ihre politischen Ziele durchzusetzen versuchten. Das sei unrühmlich.

Das sah das links-grüne Lager anders. So entwickelte sich eine zweistündige Diskussion, die der vom Vortag sehr ähnelte - auch punkto Ausgang. Alle Minderheitsanträge von Grünen und SP, die im Gesetz klima- und sozialpolitische Bedingungen verankern wollten, scheiterten.

Gefordert wurden beispielsweise ein Verbot von gewerbsmässigen Inlandflügen, CO₂-ärmere Flugzeuge, zusätzliche Sozialauflagen oder Hürden für den Ausbau von Flughäfen - vieles "Copy-paste-Anträge vom Vortag", wie es Barbara Schaffner (GLP/ZH) ausdrückte.

"Wurde nicht gewählt, um abzunicken"

Eine Minderheit um Marionna Schlatter (Grüne/ZH) wollte nicht auf das Gesetz eintreten. Die Vorlage hätte in der kurzen Zeit nicht anständig vorberaten werden können. "Ich wurde nicht gewählt, um abzunicken, sondern um kritisch zu sein und zu hinterfragen."

Die SP machte klar, dass sie nicht prinzipiell gegen eine Unterstützung der Luftfahrtindustrie sei. Doch "es wäre jetzt die Chance, im Gesetz verbindliche soziale und klimapolitische Bedingungen zu verankern", sagte Jon Pult (SP/GR).

Zwei erfolgreiche Anträge

Das Parlament verlangt dafür, dass der Bundesrat "unter Berücksichtigung angemessener Sicherheiten" die Voraussetzungen für eine Bundesbeteiligung regelt. Es nahm einen entsprechenden Antrag der GLP-Nationalrätin Katja Christ (BS) an.

Erfolgreich war zudem ein Antrag der Mitte-Fraktion, der die Gewährung von Finanzhilfen an ausländisch dominierte Unternehmen an Bedingungen knüpfen will. Der Bund muss sich demnach durch Beteiligungsrechte im gleichem Umfang oder gleichwertige Sicherheitsmassnahmen absichern.

Steuergelder in der Schweiz verwenden

"Wir sind nicht bereit, Steuergelder in den Rachen maroder chinesischer Unternehmen zu stossen", sagte Philipp Matthias Bregy (CVP/VS). Er verstehe nicht, weshalb der Bundesrat seine mündlich gemachten Versprechungen nicht ins Gesetz schreiben wolle. Eine Mehrheit folgte ihm, am Nachmittag auch der Ständerat.

Im Gesetz verbleibt eine kleine Differenz. Nicht entschieden ist, ob die Regeln zu Beteiligungsrechten und Sicherheitsmassnahmen auch für Muttergesellschaften von in der Schweiz operierenden Tochterunternehmen gelten sollen. Der Nationalrat sagt Ja, der Ständerat lehnt dies wie der Bundesrat ab.

Wenn diese letzte Differenz ausgeräumt ist und beide Räte der Dringlichkeitsklausel zustimmen, tritt die Revision am Tag darauf in Kraft und gilt - falls nicht erfolgreich ein Referendum dagegen ergriffen wird - bis Ende 2025.

Übernahmen hinterfragen

Verkehrsministerin Simonetta Sommaruga wiederholte in der grossen Kammer, dass der Bund nur Gelder zur Sicherstellung der Dienstleistungen in der Schweiz ausgeben werde. Bei ausländisch dominierten Unternehmen werde sich der Bund gegebenenfalls an Auffanggesellschaften beteiligen. Swissport, Gategroup und SR Technics sind in der Hand von Chinesen.

Langfristig müsse hinterfragt werden, weshalb immer mehr systemrelevante Unternehmen ausländischen Unternehmen gehörten, sagte Sommaruga. "Das ist ein Gedanke für die Zukunft."

Bern (awp/sda)